

Meinungen

Kommentar

Nur ein Zwischensieg im Abtreibungsstreit

Die Pille Mifepriston bleibt in den USA zugelassen. Doch entschieden ist der Streit um den Schwangerschaftsabbruch damit noch nicht.

Kann es sein, dass die wichtigsten Richterinnen und Richter Amerikas zumindest mehrheitlich zur Vernunft kommen? Jedenfalls hat der Oberste Gerichtshof entschieden, die Abtreibungspille Mifepriston weiterhin zuzulassen. Ob es dabei bleibt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen, es handelt sich um einen vorläufigen Beschluss. Doch dieser lässt hoffen, dass sich in diesem Fall der gesunde Menschenverstand durchsetzt. Oder politischer Pragmatismus.

Das letzte grosse Urteil des Supreme Court in der Debatte war ein schwerer Fehler, begleitet von Applaus aus sehr rechten und weltweitem Entsetzen in linken Kreisen. Vor knapp einem Jahr hatte das zu grossen Teilen stramm konservativ besetzte Gremium die landesweite Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen revidiert, eine historische Rolle rückwärts.

Seitdem gelten die sehr unterschiedlichen Bestimmungen

2024 wird in den USA wieder gewählt – das weiss auch der Oberste Gerichtshof.

der Bundesstaaten, die einen liberal, die anderen restriktiv. Das hängt jeweils wesentlich damit zusammen, ob Demokratien oder Republikaner regieren. Das Ergebnis ist ein Durcheinander, das den Betroffenen schwer schaden kann.

Vielerorts wird Frauen die freie Entscheidung verwehrt. Sie müssen andere Bundesstaaten aufsuchen oder sich von Videoärzten ebenjene Tabletten verschreiben und zustellen lassen, die nun zur Diskussion

stehen. Treibende Kraft der Abtreibungsgegner, die Mifepriston verbieten lassen wollen, ist ein von Donald Trump eingesetzter Richter. Eine höhere Instanz bremste ihn zwar, allerdings mit Auflagen für den weiteren Vertrieb. Der Streit um das Ende von ungewollten oder gefährlichen Schwangerschaften ist längst ein Teil des Kulturkampfes, der die Staaten spaltet.

Aber das Ende einer einheitlichen Abtreibungsregelung ging

selbst vielen republikanischen Wählern und nicht zuletzt Wählerinnen zu weit. Das bekamen die Republikaner bei den Zwischenwahlen im Herbst 2022 dann zu spüren. 2024 wird in den USA wieder gewählt, das weiss auch der Oberste Gerichtshof.



Peter Burghardt

Kopf

Zwei Stunden Arbeit sind am Montag genug

Marisa Jo Mayes Sie hat einen Hype gegen Stress lanciert: Bare Minimum Monday.

Denise Jeitziner

Lesen Sie diesen Artikel entspannt während Ihrer Arbeitszeit? Dann machen Sie es genau richtig. Zumindest in den Augen von Marisa Jo Mayes. Die US-Jungunternehmerin hat kürzlich ein gewagtes Konzept auf TikTok in Umlauf gebracht – den #BareMinimumMonday, was man mit «entspannter Montag» übersetzen könnte.

Ihr Vorschlag: Statt gleich ins Job-Hamsterrad zu steigen, E-Mails zu checken und To-do-Listen abzuarbeiten, solle man sich montags lieber mit Dingen beschäftigen, die einem guttun. Etwas lesen, entspannen, gemütlich etwas essen. Zwei Stunden produktive Arbeit reichen in den Augen der 29-Jährigen völlig aus für den Start in die neue Woche.

Mayes ist sicher, dass das eine prima Burn-out-Prävention ist und das beste Mittel gegen das flau Gefühl, das viele am Sonntagabend befällt: Der Magen zieht sich ein wenig zusammen, oft begleitet von Unruhe und schlechter Laune. Bei der Aussicht auf einen entspannten Wochenstart kann man sich am Sonntag bis zur letzten Minute erholen.

Mit dem Bare Minimum Monday hat Marisa Jo Mayes unzählige polarisierende Reaktionen ausgelöst. Die einen finden ihre Idee grossartig und erzählen unter dem Hashtag #BareMinimumMondays, warum der Montag der schlimmste aller Arbeitstage ist. Andere finden das Konzept komplett realitätsfern, weil es nur für Leute mit flexiblem Job oder nicht vorhandenen Vorgesetzten geeignet ist.

Bei einer Lehrerin, Ärztin oder Bedienung im Restaurant geht der Plan mit den maximal zwei Arbeitsstunden nicht auf, bei Lokführern, Postangestellten und Fluglotsen ebenfalls nicht. Viele werfen Mayes auch Überheblichkeit und Faulheit vor – typisch verweichlichte Genera-

tion Z. Für manche ist es auch einfach nur eine weitere Social-Media-Furzidee, die zu einem angeblichen Trend aufgebauscht wird.

Natürlich sei der Bare Minimum Monday nicht für alle realistisch, räumt Marisa Jo Mayes ein. Bei ihr funktioniert es, weil sie selbstständig sei und im Homeoffice arbeite. Sie kennt aber auch die Angestellte: Bis 2020 war sie in einer Firma für Medizinprodukte tätig. «Ich war total unglücklich und ausgebrannt.»

Bis sie begann, montags nur noch das absolute Minimum zu tun. In den ersten zwei Stunden bleibt ihr Handy aus, Mails checkt sie keine, lieber liest sie etwas, schreibt Tagebuch oder erledigt etwas im Haushalt.

Erst nach dem Mittag beginnt sie, richtig zu arbeiten, und setzt den Timer auf zwei Stunden. Sie pickt sich wichtige Dinge heraus und erledigt diese konzentriert. Der Grundstein für eine positive Arbeitswoche ist damit gelegt. Sie arbeite sogar produktiver, weil sie sich weniger Druck mache, sagt sie. «Das hat mein Leben komplett verändert.»



Gastbeitrag



Auf sie warten viele Hürden: Menschen aus der Ukraine erhoffen sich Hilfe von der Asylorganisation Zürich. Foto: Anna-Tia Buss

Geflüchtete und Sozialhilfe: Können Zahlen lügen?

Alljährlich wird die Asylsozialhilfequote veröffentlicht. Rechtskonservativen Parteien bestätigt diese Zahl jedes Vorurteil, das sie gegenüber Geflüchteten bewirtschaften.

Daniel Winkler

Der Berner SVP-Regierungsrat und Integrationsdirektor Pierre Alain Schnegg äusserte sich in einem Radiointerview wie folgt: «Es ist ein Fiasko für unsere Integrationspolitik, wenn man schaut, wie viele Menschen auch nach fünf oder sieben Jahren in der Schweiz noch immer nicht arbeiten. Wer gesund ist und nach so langer Zeit – trotz Vollbeschäftigung – noch immer keine Stelle hat, der will doch einfach nicht arbeiten.»

Für das Jahr 2021 gibt das Bundesamt für Statistik (BFS) die Sozialhilfequote im Flüchtlingsbereich mit 82,1 Prozent an – die Zahl schwankte in den vergangenen fünf Jahren zwischen 80 und 90 Prozent. Sind Geflüchtete weniger fleissig als die einheimische Bevölkerung – oder gar faul, wie es der Berner Integrationsdirektor suggeriert?

Wer in einem Erhebungsjahr mindestens einmal Sozialhilfe beansprucht, findet Eingang in die Sozialhilfestatistik. Im Jahr

2022 kamen rund 100'000 Flüchtlinge in die Schweiz, davon 75'000 aus der Ukraine. Fast ausnahmslos alle von ihnen werden in der Sozialhilfestatistik geführt, auch wenn sie sich bereits Wochen nach der Ankunft im ersten Arbeitsmarkt betätigen. Die Frage, ob diese Quote dereinst einmal tief sein könnte, ist deshalb obsolet. Sie ist zwangsläufig hoch und ist wohl eine der unsinnigsten Zahlen, die das BFS erhebt.

Es gehört zur unausweichlichen Normalität der in die Schweiz Geflüchteten, hier im ersten und in der Regel auch in den folgenden Jahren sozialhilfebeziehend zu sein. Denn wer in die Schweiz geflüchtet ist, hat noch nicht die Sprachkenntnisse, um sich rasch im Arbeitsmarkt zu etablieren.

Während der Flüchtlingskrise ab 2015 mussten viele lange Zeit auf ihren Asylentscheid warten. Diese zermürbende Situation hat Integrations-schritte gehemmt. Rasch gute Deutschkenntnisse zu erwerben, gelingt nicht jedem gleich

gut. Eine weitere Herausforderung sind anspruchsvolle und zeitintensive Ausbildungen. Danach müssen Betriebe gefunden werden, die mit wenig Planungssicherheit bereit sind, die vielen vorläufig aufgenommenen Personen zu beschäftigen, obwohl de facto die grosse Mehrheit in der Schweiz bleibt.

Mit diesen Hürden ist der Schritt in den ersten Arbeitsmarkt für die Geflüchteten kein Spaziergang, sondern ein Prozess, der einige Jahre in Anspruch nimmt. Interessant ist, dass von den Sozialhilfebeziehenden ungefähr ein Drittel arbeiten. Darunter sind viele Personen mit Familien, die den Schritt in die vollständige Unabhängigkeit von der Sozialhilfe noch nicht geschafft haben. Obwohl sie bei Untätigkeit etwa gleich viel Geld zur Verfügung hätten, wollen sie etwas Sinnvolles tun, weil es zu ihrer Würde gehört. Diese Gruppe sind Teilsozialhilfebeziehende. Ein weiteres Drittel der Sozialhilfebeziehenden sind notabene Kinder. Das letzte Drittel sind vollstän-

dig Sozialhilfe beziehende Erwachsene.

Die Sozialhilfequote bei Geflüchteten ist in dieser Form eine Zahl ohne Aussagekraft. In Geflüchteten pauschal faule Menschen zu sehen, gehört zu den Giftschränken populistischer Parteien stammen. Nehmen wir – stellvertretend für die Situation – als Beispiel das Dorf Riggisberg. Sieben Jahre nach Schliessung des Asylzentrums haben von 22 Geflüchteten aus Ostafrika, die im Dorf verblieben sind, 8 die Sozialhilfeunabhängigkeit erlangt, 4 arbeiten im ersten Arbeitsmarkt und beziehen ergänzend Sozialhilfe, 5 Jugendliche stehen in einer Ausbildung und 5 sind im Kindesalter. Arbeitslos in dieser Gruppe ist niemand – ausser die Kinder.



Daniel Winkler Pfarrer in Riggisberg und intensiv in der Flüchtlingsarbeit engagiert